



Katastrophenforschungsstelle



flickr: Frank M. Rafik
(2017)

State of the Art Planung und Gestaltung von kommunalen Beteiligungsverfahren

Reihe „Bürger*innenbeteiligung im Teilprojekt Vulnerabilität und Sicherheit in der gerechten Stadt (VERSS)“

KFS Working Paper Nr. 06

Martin Voss, Prof. Dr.

Daniela Krüger, M.A. Sozialwissenschaften

Kristina Seidelsohn, Dr.

Inhaltsverzeichnis

Soziale Nachhaltigkeit in Bürger*innenbeteiligung	1
Abstract	1
Einleitung	1
Überblick über Debatten zur Bürger/innenbeteiligung	3
<i>Demokratieförderung</i>	3
<i>Legitimation</i>	4
<i>Expertise und Diversität</i>	5
<i>Empowerment</i>	7
Die Stellschrauben der Beteiligung	8
<i>Entwicklung einer Methodologie für die Planung und Gestaltung sozialnachhaltiger Bürger/innenbeteiligungsverfahren</i>	8
Fazit	12
Literaturverzeichnis.....	14
Impressum	16

© 2016 KFS

Für den Inhalt des Dokuments sind allein die Autor*innen verantwortlich.
Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige
Zustimmung und Absprache mit den Autor*innen ausdrücklich verboten.

Zitierweise: Krüger, Daniela; Voss, Martin; Seidelsohn, Kristina (2017): State of the Art - Planung und
Gestaltung von kommunalen Beteiligungsverfahren. KFS Working Paper Nr.06, Berlin: KFS. Online
verfügbar unter [http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophen-
forschung/publikationen/index.html](http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophen-
forschung/publikationen/index.html), letzter Zugriff: 05.09.2017

DOI: 10.17169/FUDOCs_document_00000027833

Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

State of the Art Planung und Gestaltung von kommunalen Beteiligungs- verfahren

Soziale Nachhaltigkeit in Bürger*innenbeteiligung

Abstract

Das vorliegende Working Paper ist das erste einer zweiteiligen Working-Paper-Reihe zum Thema „Bürger*innenbeteiligung“, die im Rahmen des vom BMBF geförderten Teilprojekts „Vulnerabilität und Sicherheit in der gerechten Stadt“ entstanden sind. Es bespricht die verschiedenen Verfahrensweisen in und Umgänge mit der Beteiligung von Bürger*innen. Zu diesem Zweck bereitet es den so genannten State of the Art auf und bespricht dabei den Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit von Bürger*innenbeteiligung. Eine sozialnachhaltige Gestaltung und Planung von Beteiligungsverfahren zielt auf „passgenaue“ und sozialverträgliche Maßnahmen und Entwicklungen, die auf Kooperation, Anerkennung und Transparenz fußen. Welche Schritte gilt es dabei zu bedenken und wie werden Beteiligungsverfahren in der Forschung besprochen? Das vorliegende Working Paper stellt zunächst die Debatte zur Partizipation mit einem Anwendungsschwerpunkt auf Kommunen vor. Im Anschluss diskutieren wir eine Methodologie, die die theoretischen Argumente aufgreift und in die Anwendung durch den VERSS-Werkzeugkasten mündet¹.

Einleitung

Städte sind hochkomplexe Gefüge aus physischen und sozialen Infrastrukturen und darum

anfällig für krisenhafte Entwicklungen. Nachhaltigkeit ist eines der Schlagworte, die gegenwärtig für erwünschte städtische Entwicklungen herangezogen werden. Vor dem Hintergrund von Diskursen über eine Zunahme von extremen Wetterereignissen und krisenhaften Entwicklungen von zunehmender sozialer Ungleichheit über Kriminalität bis hin zu terroristischen Anschlägen in Städten, sowie globalen *Aktionsplänen*, die die städtische Verwaltung in der Verantwortung sehen, sind Wege der Beteiligung von Bürger/innen als Thema *sozial-ökologischer Nachhaltigkeit* in den Fokus gerückt (vgl. Egmore 2015). Aktionspläne und Agenden stehen vor immensen Herausforderungen, denn die Transformation zur *Nachhaltigkeit* ist ein komplexes Unterfangen, das die gesamte Organisation des modernen Lebens und der subjektiven Lebenswelten umfasst.

Geschichtlich wurde Nachhaltigkeit zunächst als Bewirtschaftungsprinzip für die Forstwirtschaft vor dem Hintergrund einer dramatischen Holzverknappung um 1700 verstanden (Stracke-Baumann 2008). Vom Prinzip der bestandserhaltenen Waldnutzung ausgehend, macht der Begriff heute vor allem im Bereich der internationalen Entwicklungspolitik, aber auch in der nationalen und kommunalen Politik Karriere (ebd.). Seine unterschiedliche Verwendung hat dem Begriff verschiedene Gesichter mit unterschiedlicher Prägung und Intention verliehen. Nicht zuletzt deshalb scheint dieses multidimensionale Konzept auch ein äußerst widersprüchlich eingesetztes oder inflationär genutztes Schlagwort geworden zu sein. Häufig mündet seine Verwendung in technokratische Lösungswege statt in einen soziokulturellen Wandel (Egmore 2015), der Aushandlungsräume schafft.

Partizipationsweisen (wie ihre Richtung *top down* oder *bottom up*), -möglichkeiten und -fähigkeiten sind in Städten ungleich verteilt und werden ungleich *gegeben*. „Gegeben“ – viele

¹ Siehe für die methodische Umsetzung eines Bürger*innenbeteiligungsverfahrens das zweite Working Paper der

Reihe „Bürger*innenbeteiligung“ mit dem Titel „Werkzeugkasten Bürger*innenbeteiligung“.

der Beteiligungsformate werden von Kommunen initiiert und/oder sind gesetzlich vorgeschrieben. Diese Formate sind, darauf möchten wir in dem Working Paper hinaus, grundsätzlich *hinterfrag-* und *gestaltbar*.

Die Lebensbedingungen in Städten bilden nicht nur eine Herausforderung für die Forschung, sondern auch für die Politik und Stadtplanung. Prozesse der Migration, Globalisierung, sozialen Ausgrenzung und städtischen Polarisierung wirken in und auf Städte ein und beeinflussen die Vulnerabilität ihrer Bewohner/innen. Die Implementierung und Durchführung von Einzelmaßnahmen in den verschiedensten Bereichen können für dieses Gefüge einen zusätzlichen Stress bedeuten und nicht-intendierte Folgen nach sich ziehen, oder auch als Verstärker oder Resonanzraum für die Vulnerabilität der Bewohner/innen fungieren – mit anderen Worten diese reproduzieren – besonders dann, wenn der Fokus auf die Bereitstellung von Partizipationsmöglichkeiten, nicht aber auf den Prozess des Verfahrens und die damit korrelierenden Partizipationsfähigkeiten gelegt wird.

Deliberative Verfahren zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung schaffen Verständnis für demokratische Prozesse und können (bestenfalls) das demokratische Bewusstsein schärfen (Nanz/Fritsche 2012); sie sind jedoch nur Teil eines notwendigen soziokulturellen Wandels. Die Durchführung von Maßnahmen setzen zunächst *nur* die Beteiligung der Zielgruppe voraus (wollgleich dies allein bereits höchst voraussetzungs-voll ist), müssen aber auch die Mikroprozesse, die sich zeitlich vor/während/nach dem Verfahren entspinnen, mitreflektieren. Denn es ist der *Prozess*, der die Haltungen, Themen und Erwartungen gegenüber Maßnahmen und Verfahren, ihre Durchführung und das nachhaltige Gelingen des Verfahrens prägt und den eigentlichen Aushandlungsraum darstellt. Ein Hauptaugenmerk des Working Papers wird daher auf das soziokulturelle Gefüge zu richten sein, in dem das Verfahren seinen Platz finden muss. Eine nachhaltige städtische Entwicklung sieht sich mit einem Spannungsfeld konfrontiert: einerseits soll auf

städtische Entwicklungen reagiert werden; andererseits müssen die Maßnahmen und Verfahren *passen* - den kulturellen Zusammenhängen des Gefüges entsprechen und zugleich potentiell krisenhaften oder gar desaströsen Entwicklungen vorbeugen. Einige *Gefahren* lassen sich auf dem Weg zur gelingenden Beteiligung identifizieren: Einerseits darf sich ein Verfahren nicht als *Theater* entpuppen, mit dem eine intransparente, affirmative Politik betrieben und Beteiligte als Statist/innen ohne Einfluss und Stimme eingebunden werden und/oder das ohne Verbindung zum *Prozess* erfolgt; dafür sind die *strukturellen Faktoren* des *Wer* wird *Wie* zu *Welchem* Thema beteiligt, wie später auszuführen sein wird, maßgeblich.

Im Working Paper wird zunächst ein Überblick über Debatten zum Thema Bürger/innenbeteiligung und Partizipation gegeben. Es wird anschließend eine Methodologie vorgestellt, die eine sozialnachhaltige städtische Governance und Entwicklung befördert.

Überblick über Debatten zur Bürger/innenbeteiligung

Warum ein partizipatives Verfahren für Bürger/innen gestalten? Die Gründe für die Beteiligung von Bürger/innen sind vielfältig. In der Literatur werden vornehmlich folgende Punkte zur Funktion der Beteiligung besprochen, die naturgemäß nicht trennscharf voneinander abgrenzbar sind (siehe Nanz/ Fritsche 2012; Vetter/ Remer-Bollow 2017):

Stärkung der direkten Demokratie (Demokratieförderung),

Affirmative Politik und Legitimierung einer Entscheidung (Legitimation),

Einholen von Expertise durch Expert/innen (Expertise),

Einholen einer Perspektivenvielfalt zu einem Thema (Diversität),

Bis zur Förderung von Sichtbarkeit einer sozialen und wenig gehörten Gruppe (Empowerment)

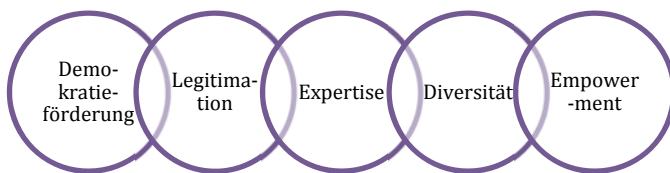


Abbildung 1: Funktionen von Beteiligungsverfahren

Demokratieförderung

Die verschiedenen Ebenen der formalen und informellen, der *top down* und *bottom up* Beteiligung sind mit der politischen Kultur der Bundesrepublik verwoben. Bestimmte Themen und verschiedene Bereiche werden bereits lange von Bürger/innen mitbestimmt. Das Schwergewicht

der Governance, Planungs- und Entscheidungsverfahren liegt in kommunalen Verwaltungen auf *top down* Prozessen, das heißt auf Verfahren, die durch die Verwaltungen angestoßen und gerahmt sowie gesetzlich festgeschrieben werden. Besonders naheliegendes Beispiel für *top down* Verfahren sind Wahlen; *bottom up* Verfahren werden häufig in Form zivilgesellschaftlich organisierter, direktdemokratischer Volksentscheide und –begehren durchgeführt. *Bottom up* Verfahren sollen die Ideen und Interessen von Beteiligten oder Betroffenen möglichst sorgfältig abbilden und zudem eine reelle Entscheidungsmöglichkeit bieten. Neben diesen unterschiedlichen Entscheidungs- und Mitbestimmungsrichtungen ist die Grundidee von Partizipation hinlänglich bekannt: sie soll die Teilhabe und die Mitbestimmung an der kollektiven Willensbildung durch direktdemokratische Elemente befördern und somit eine Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen ermöglichen (Baranek et al. 2005). Politische Teilhabe, so auch die Annahme der Vereinten Nationen, präge die Nachhaltigkeit des menschlichen Zusammenlebens: "Sustainable human settlements are those that, inter alia, generate a sense of citizenship and identity, cooperation and dialogue for the common good, and a spirit of voluntarism and civic engagement, where all people are encouraged and have an equal opportunity to participate in decision-making and development." (United Nations 2003).

Die Beteiligung von Bürger/innen ist notwendiger Baustein eines demokratischen Systems und steht darum nicht zuletzt auch unter kritischer Beobachtung. In den letzten Jahrzehnten wurde das Phänomen der *Politikverdrossenheit* geläufig und breit besprochen (Nanz/ Fritsche 2012). Es wird eine Demokratie- (Kersting 2008) und Legitimationskrise (Habermas 1973) beobachtet, die sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung manifestiere und als Symptom einer wachsenden Entfremdung zwischen Politik und Bürger/innen gedeutet wird. Als populäres Beispiel dieser Entwicklung wird häufig der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung herangezogen: An den Bundestagswahlen im Jahr 2013 haben sich knapp 72

Prozent der rund 62 Millionen Wahlberechtigten beteiligt², während es in den 1970er Jahren noch mehr als 90 Prozent waren³. Verschiedene Erklärungen werden für diese Zahlen entworfen, die im Übrigen auch den Entwicklungen an den kommunalen Wahlen entsprechen: Politische Parteien hätten ihre Bindekraft verloren, die Heterogenität der Wähler/innenschaft und ihrer Lebenswirklichkeit könne, dies gelte insbesondere für Städte (Bescherer/ Wetzell 2017), nicht mehr abgebildet werden und münde in Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber politischen Parteien, wissenschaftlicher Expertise und ihren Institutionen (Neunecker 2016). Auf der anderen Seite wird ein anderer, sich parallel entfaltender Trend beobachtet. Zivilgesellschaftlich organisierte Partizipationsverfahren boomen. Selten wird ein Bauvorhaben nicht durch eine Bürger/innenversammlung begleitet und kommentiert – nicht zuletzt auch aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Einbezug der Bürger/innen, oder um die Akzeptanz und Identifizierung mit teilweise strittigen Projekten⁴ zu fördern. Zunehmend werden auch kommunale Haushalte transparent gemacht. Bürger/innenhaushalte, bei denen Bürger/innen die Verteilung kommunaler Budgets einsehen und z.T. mitbestimmen können, gehören in einzelnen Städten, wie seit 2011⁵ in Wuppertal, zum kommunalen Werkzeug partizipativer Verfahren.

Während also das Engagement rund um konventionelle oder klassische Beteiligungsformate gesunken zu sein scheint, und an vielen Stellen eine Politikverdrossenheit beklagt wurde und wird, zeige sich durch die Vielzahl an innovativen Beteiligungsformaten (die oft *top down* und *bottom up* Elemente kombinieren) und ihrem Zuspruch seit den 1990er Jahren ein Umbruch in der administrativen Praktik einerseits und in den

Formen des Engagements von Bürger/innen andererseits (Nanz/ Fritsche 2012, 10). Wenngleich noch immer in vielen institutionellen Bereichen eine Skepsis und Distanz gegenüber der Beteiligung von Bürger/innen besteht, lässt sich für die letzten Jahrzehnte in der Stadtplanung und einigen Verwaltungsbereichen ein Umdenken beobachten (Mackrodt 2014). Dieser Umbruch korreliere wiederum mit einer erhöhten Nachfrage nach Beteiligung seitens der Bürger/innen und wird als Symbol eines soziokulturellen Wandels und als Hoffnungsträger für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung und Förderung der Demokratie gesehen (Voss/ Schildhauer 2016). Mit ihm scheint die Hoffnung verbunden, eine Antwort auf den gesellschaftlichen Vertrauensverlust in wissenschaftliche, technische oder bürokratische Expertise gefunden zu haben (ebd.).

Legitimation

Top down Verfahrensweisen bilden immer noch das Schwergewicht in der kommunalen Partizipationspraxis. Die Initialisierung und konkrete Projektformulierung geht dabei von den Verwaltungen oder der Politik aus, die neben den Argumenten für und wider ein Projekt auch die letzte Entscheidung über den weiteren Projektverdegang trifft. Ihr Charakter sei somit vornehmlich informativer Art und zeichne sich, so Arbter und Trattnigg (2005), durch eine geringe Partizipationsintensität aus.

² <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/206268/wahlberechtigte-und-wahlbeteiligung>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/>

⁴ siehe das Bürger/innenbeteiligungsvorhaben in Wuppertal, das die Realisierbarkeit eines Seilbahnbaus prüft; on-

line erreichbar unter: <https://www.wuppertal.de/microsite/buergerbeteiligung/verfahren/content/seilbahn.php> (Zugriff: 12.4.17).

⁵ Bürger/innenhaushalt der Stadt Wuppertal; online einsehbar unter: <https://www.wuppertal.de/microsite/buergerbeteiligung/verfahren/content/Buergerhaushalt.php> (Zugriff: 12.4.17).



Abbildung 2: Klassischer Partizipationsprozess
(Quelle: Stiftung Zukunft Berlin 2017)

Ziel solcher Vorgehensweisen sei es vielmehr, die Legitimation für eine Entscheidung auf eine erweiterte Basis zu stellen, ohne gesellschaftliche Auswirkungen von Projekten und Maßnahmen zu reflektieren (Voss/ Schildhauer 2016, 121). Kritiker/innen dieses legitimatorischen Ansatzes erkennen in dem Vorgehen eine Fehlentwicklung oder Instrumentalisierung von Partizipation als inszenierte Marketingstrategie (vgl. Burchardt 2008) oder Machtinstrument (Wagner 2013). Legitimatorische oder konventionelle Verfahren haben demnach einen informativen Charakter, bei dem nicht die Bedürfnis- und Interessenanalyse, sondern die finale Legitimierung eines bereits festgesetzten Plans oder Vorhabens durch die Bevölkerung beabsichtigt wird (Egmoose 2015). Dem Ansatz wird daher Scheinpartizipation vorgeworfen, bei dem Gegner/innen eines Vorhabens möglichst früh begleitend involviert werden, um durch den Anschein von Mitsprache Akzeptanz und Legitimation in der Bürger/innenschaft zu finden, ohne dass die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dabei infrage gestellt werden würden (Wagner 2013) – oder die Themensetzung als Teil eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses verstanden wird (Voss/ Schildhauer 2016). Dieser Ansatz der Beteiligung würde demnach dem Ideal und Anspruch *echter* Beteiligung nicht gerecht. Was *echte* Beteiligung allerdings in die-

sem Kontext von *top down* initialisierten Verfahren bedeuten kann, wird, ohne abschließendes Ergebnis, von vielen Autor/innen diskutiert (Vetter 2008). Ideal, Theorie und Praxis von Beteiligung sind nicht *einfach* und *natürlich* miteinander zu vereinbaren.

In einem weiteren Argumentationsstrang der Literatur wird der Einbezug des Wissens von Bürger/innen und die Auferlegung und Abgabe von Entscheidungsverantwortung von öffentlichen Behörden auf Bürger/innen als nicht durchweg positive Entwicklung in Gemeinwesen verstanden. Vielmehr wäre die Teilhabe eine Form der Subjektivierung, also der Übertragung von Verantwortung und öffentlichen Aufgaben auf Bürger/innen, und Teil einer neoliberalen Governance, die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und der Idee der Effizienzsteigerung folge (Bogner 2012). Hilbrandt (2017), die die Debatte der Verantwortungsverschiebung am Beispiel des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld in Berlin und seiner Nutzung diskutiert, kommt zu dem differenzierten Fazit, dass partizipatorische Verfahren Gefahr gehen, vereinnahmt zu werden – dass sie aber auch Räume widerständischer Praktiken, gegen neoliberale Politiken, schaffen (vgl. auch Streich 2014; Voss/ Leberrecht 2015).

Expertise und Diversität

Partizipation wird ein Wert an sich zugeschrieben und mit Gerechtigkeitsansprüchen zusammengebracht –insbesondere gilt dies für intra- und intergenerationale Themen für die partizipative Verfahren einen integralen Baustein darstellen (Baranek et al. 2005, 23). Ausgangspunkt von Partizipationsforderung ist das Gefühl einer Ungleichverteilung von Partizipationsmöglichkeiten im politischen Raum. Besonders in den Debatten um Anerkennung und Partizipation werden daher Räume der diskursiven Öffnung gefordert; demnach also Räume, die den Ausdruck individueller Ansprüche und Bedürfnisse geben (vgl. Bescherer/ Wetzels 2017, 17); aber auch Aushandlungen über materielle Umverteilungen erlauben (Perrons und Skyers 2003).

Initiativen und Verfahren stehen vor der Herausforderung mit dieser grundsätzlichen Schwierigkeit umzugehen, die die Umsetzung von theoretischen Idealen und Ansätzen betrifft. Alltagspraktische Fragen der Logistik, Umsetzbarkeit oder Relevanz durchkreuzen vielfach theoretische Konzepte und stellen Herausforderungen und nicht immer nur positive Irritationen dar: Wessen Ansprüche sollen und können geltend gemacht werden? Als besonders problematisch wird immer wieder der strukturelle und strukturierende Faktor der Wahl der Beteiligten und die Frage nach der Repräsentation besprochen (Neunecker 2016). In dem Zusammenhang wird debattiert, ob Repräsentation immer gerecht oder gerechtfertigt ist. Wie könne man die Heterogenität der Bevölkerung und Diversität der Perspektiven abbilden, oder sich ihr annähern? Kann das Lokale das Globale vertreten (vgl. Purcell 2006)? Wie bei dem Sampling von Interviewpartner/innen oder der Wahl des Selektionsschlüssels und –verfahrens für quantitative Surveys muss bei kommunal initialisierten Bürger/innenbeteiligungsverfahren eine Wahl in der Ansprache der potenziell Beteiligten getroffen werden. Verschiedene Techniken werden dafür gewählt: Kategoriale Ansätze, die Personen aufgrund einer geteilten sozialen Kategorie oder Lebenssituation anfragen oder anschreiben; Zufallsauswahl, bei der nach einem bestimmten Schlüssel Personen innerhalb eines festgelegten Rahmens angefragt werden; die Themenzentriertheit geht wiederum meist mit einer Offenheit gegenüber der Ansprache überein. Die Annahme dabei ist, dass Menschen aufgrund von unmittelbarer Betroffenheit und Interesse ein Beteiligungsverfahren besuchen. Diese offenen wie auch geschlossenen Ansätze der Ansprache und Auswahl der Zielgruppe begründen ihre Wahl der Technik dabei häufig mit einem empowernden oder einem repräsentativen Anspruch.

Stadtgesellschaften sind heterogen; verschiedene Milieus teilen sich städtische Bereiche, ohne miteinander in Kontakt zu kommen, oder bewohnen vollkommen unterschiedliche Bezirke, ohne je Kenntnis voneinander zu nehmen.

Öffentliche Räume können Beförderinnen von Anerkennung aber auch Konflikten werden. Entsprechend heterogen sind die Interessen und bspw. Sicherheitsempfindungen von Bewohner/innen sowie ihre Kapazitäten, auf Diskurse Einfluss zu nehmen. Die Planung und Gestaltung in und von Städten baut wiederum auf einer Expert/innenkultur bzw. Professionalisierung auf, bei der das Problem „blinder Flecken“ besteht (vgl. auch Holeschak 2000; Voss und Schildhauer 2016). Nichtwissen, das sich über soziale Distanzen ergibt ist zwar zunächst einmal *normal* – über den Bezug auf die eigenen Lebenswelten und die Abgrenzung dieser von anderen wird ihre Stabilität und der Eindruck der Normalität und Selbstverständlichkeit des eigenen Wissens (re)produziert. Für ein Gemeinwesen und eine kollektive und demokratische Willensbildung sind solche Grenzziehungsprozesse allerdings nicht unproblematisch.

Häufig wird mit dem Argument der Repräsentativität angenommen, es würden alle Bürger/innen durch den Einbezug der Expertise Weniger beteiligt – denn, so die Idee, es ließe sich von den Angaben der wenigen Bürger/innen auch auf die anderen schließen. Debatten um den Standpunkt lebensweltlicher Perspektiven haben jedoch auf die Problematik dieser Annahme hingewiesen (Harding/ Norberg 2005; Voss/ Funk 2015). Distanzen in den Lebenswelten und –erfahrungen und damit einhergehende lebensweltliche Distanzen so bspw. zwischen Expert/innen bestimmter Professionen und Laien können problematisch sein (Voss/ Leberecht 2015) – sie (re)produzieren tendenziell nicht-resonante Maßnahmen, oder Lösungen (vgl. Dittmer/ Lorenz 2016). Seien es Perspektiven der, in Sachen Partizipation, aktiven Mittelschicht (vgl. Bescherer/ Wetzel 2017) oder die bestimmter Professionen und Expert/innen (vgl. Holeschak 2000) – mit ihnen wird der Fokus auf eine Lebenswelt verbunden und der Ausschluss derjenigen, über die durch andere entschieden wird.

Empowerment

Die Expertise oder auch der Einbezug bestimmter sozialer Gruppen haben zwar einen demokratischen Charakter, der sich in der Teilhabe dieser Beteiligten an einer konsensualen Entscheidungs- und Willensbildung zeigen kann; dieser prägt damit aber nicht notwendigerweise eine sozialnachhaltige städtische Entwicklung. Wird sozialen Gruppen die Möglichkeit der Teilhabe gegeben, ist damit noch nicht garantiert, dass sie sie, aufgrund der vorstrukturierten Diskurse, die Fähigkeit haben, sich zu beteiligen oder zu artikulieren. Die Beteiligung an einem Verfahren, kann, gemessen an seiner Güte, die Vulnerabilität der Beteiligten durch die Teilnahme an Diskursen reproduzieren oder verringern. Die besondere Berücksichtigung und Partizipation einer wenig repräsentierten Gruppe kann bestehende gesellschaftliche Hierarchien infrage stellen und sie damit delegitimieren (vgl. Wagner 2013). Die Funktion des Empowerments hat einen emanzipatorischen Charakter und damit subversives Potenzial (vgl. Streich 2014). Wie aber Gruppen oder Personen beteiligen, die entweder als vulnerabel gelten, aber Beteiligungsverfahren fernbleiben, oder die man gar nicht erreichen oder eine Plattform geben wollte (Butzlaff 2015)? Selbstausschlüsse und auch (nicht-intendierte) Praktiken des Ausschlusses, die schlicht durch die Wahl der Ansprache einer Zielgruppe oder auch die Wahl der Beteiligungsform oder -formats entsteht, prägen das Gelingen des Verfahrens und stellen eine potenzielle Gefahr für die soziale Nachhaltigkeit einer Maßnahme dar. Selbstausschlüsse durch Formen der Subjektivierung kann Misstrauen und Ablehnung schüren, aber auch den Verlust von sozialer Resonanz bedeuten; dass sich Personen also in den kommunalen Entscheidungen, Maßnahmen und/oder Verfahren nicht wiederfinden bzw. kein Verständnis dafür aufbringen können. Eine leitende sozialwissenschaftliche Idee ist, dass keine lebensweltliche Perspektive einer anderen unter oder übergeordnet werden kann; sie darf zugleich aber nicht Grenzen verletzen bzw. demokratie- und menschenfeindliche Werte transportieren (vgl. Rosa 2016). Perspektivenwechsel, Kooperation, Anerkennung und Wertschätzung

sind die kommunikativen Techniken, die Verständnis und soziales Lernen begleiten und für partizipationsintensive Verfahren herangezogen werden können (Arbter/Trattnigg 2005; Baranek et al. 2005). Dass sich nicht alle Differenz in partizipativen Verfahren auflösen lassen, wird damit nicht infrage gestellt – und doch sind sie geeignete Räume, um Konflikte zu entschärfen bzw. vermittelnd einzugreifen. Salas et al. (2007) betonen die Bedeutung der Moderation oder des so genannten *facilitators*, um gerade auch strittige Themen und ihre Aushandlung zuzulassen und einen nachhaltigen Lernprozess anzustoßen.

In kulturellen Auseinandersetzung um Anerkennung (Fraser/ Honneth 2003), mit denen Partizipationsforderungen zusammengebracht werden (Bescherer/ Wetzel 2017), spielt die Fähigkeit, sich artikulieren zu können eine prägende Rolle. Selbstausschlüsse durch fehlende Artikulations- bzw. Partizipationsfähigkeiten, Sprachschwierigkeiten, das Gefühl einem Thema nichts hinzuzufügen bzw. keine Zeit oder Interesse zu haben, aber auch schlicht nicht die Mittel und Möglichkeiten an einem Verfahren teilzunehmen, müssen als Bedingungen oder als Teil des Verfahrensprozesses gesehen werden. Studien zeigen in dem Zusammenhang gar, dass die Mechanismen des Selbstausschlusses durch die ungleiche Verteilung von Kapazitäten zur politischen Selbstorganisation und Partizipation nicht nur gesellschaftliche Ungleichverhältnisse stützt, sondern auch verschärfen kann (Baranek et al. 2005; Klatt 2012; Voss/ Funk 2015; Dittmer/ Lorenz 2016).

Auf Anwendungs- oder Verwaltungsseite wird hingegen beklagt, dass sich Personen in bestimmten Lebenssituationen sowie bestimmte soziale Gruppen nicht beteiligen *wollen*. So wird gerade das Fehlen Älterer, aber auch junger Menschen; sozial marginalisierter Personen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte in Beteiligungsverfahren beklagt. Diese Annahme ist jedoch nicht zuletzt darum problematisch, da, entgegen stereotyper Annahmen, Studien eine

hohe Bereitschaft zum Engagement oder Partizipation bspw. unter sozial marginalisierten Personen oder Personen mit Migrationsgeschichte finden; jedoch die fehlende oder mangelnde Ansprache als Stellschraube im Prozess gesehen wird (Munsch 2008; vgl. auch Blokland 2002 und Bukow et al. 2013). Für ein gelingendes Format gilt es demnach nicht nur die Hintergründe des Verfahrens, sondern auch die Selektion der Zielgruppe und die Form der Beteiligung vor/während und nach dem Verfahren zu reflektieren. Nicht nur das Verfahren, sondern der Prozess muss Teil der Planung und damit Teil der Methodologie für die Gestaltung von Aushandlungsräumen sein.

Die Stellschrauben der Beteiligung

Entwicklung einer Methodologie für die Planung und Gestaltung sozial-nachhaltiger Bürger/innenbeteiligungsverfahren

Beteiligung von Bürger/innen werden mittlerweile nicht mehr nur seitens der Bevölkerung oder Nicht-Regierungsorganisationen gefordert. Für viele Kommunen gehören partizipative Verfahren bereits zum alltäglichen Repertoire der verwaltungspraktischen Maßnahmen. Während die Beteiligungsarten grundsätzlich divers sind und beispielsweise online basierte Verfahren, themenzentrierte Workshops oder gar Demonstrationen umfassen, haben sich einige Verfahren für die Arbeit in Kommunen etabliert. In den letzten Jahrzehnten sind mehrere Publikationen erschienen, die einen Überblick über verschiedene partizipative Verfahren geben. Für diesen Bericht soll auf die Überblickswerke (vgl. Nanz/ Fritsche 2012; Vetter 2008) verwiesen und Verfahren vielmehr auf ihre Fähigkeit hin besprochen werden, Menschen im Prozess partizipieren zu lassen – ihnen Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten zu geben und sie in ihren Partizipationsfähigkeiten zu unterstützen.

Partizipative Verfahren sind zunächst durch ihre Offenheit, demnach auch durch die *Fragilität* gekennzeichnet (Nanz/ Fritsche 2012). Die Fragilität und die Perspektivenvielfalt als eines der Ergebnisse des Verfahrens zu verstehen, ist Ziel dieses Abschnittes; zugleich soll mit der Offenheit keineswegs ein chaotisches oder unüberschaubar strukturiertes Verfahren gemeint sein. Im Gegenteil, mit der Wahl der Methoden und der Sammlung von Informationen zum Prozess werden bereits wichtige Stellschrauben angezogen. Was ist, vor diesem Hintergrund, ein Verfahren? Was eine Methode und was ein Prozess?

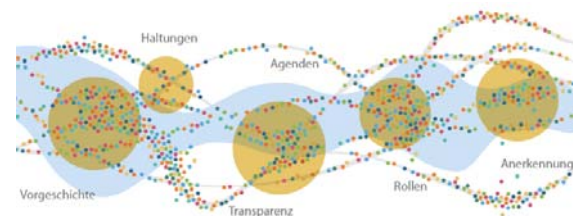


Abbildung 3: "Der Prozess" (Quelle: IPG 2016)

Das Wort Methode kommt aus dem Griechischen und meint den „Weg oder Gang einer Untersuchung“ oder „der Weg (hodós) zu etwas hin (metá)“ (IPG 2016). Eine Sequenz von Methoden bildet ein Verfahren, das wiederum bereits immer im Prozess eingebettet ist. Der Prozess - der dem Verfahren zugrunde liegt - kann als spezifische Dynamik in Raum und Zeit gelten, in denen historische und ideologische Faktoren eine Rolle spielen und die das Gestaltungsverfahren grundlegend beeinflussen (ebd.). Somit sind Beteiligungsverfahren Wissen generierend; es wird jedoch auch Wissen zur deren nachhaltigen Planung benötigt. Wollen wir, dass unser Verfahren gelingt, müssen wir Informationen zu unserem Prozess sammeln und in seine Vorgeschichte eintauchen (Gohl/Wüst 2008). Dazu können, wie dies im Zusammenhang mit der Methode des Design Thinking vorgeschlagen wird (Beackman/ Barry 2007) Interviews mit den Entscheidungsverantwortlichen (Intention; Handlungsspielräume ausloten) und der Zielgruppe geführt, sowie Beobachtungen z.B. in einem für das Verfahren relevanten Raum angestellt werden, so dass

Vorgeschichte und Haltungen des/ zum Verfahren in die Planung des Verfahrens einfließen können. So können Folgen bestimmter Methoden abgeschätzt und bewertet werden (vgl. Dittmer/ Lorenz 2016): handelt es sich bspw. um ein sensibles oder potenziell konfliktgeladenes Thema; sind Expert/innen hinzuzuziehen etc.

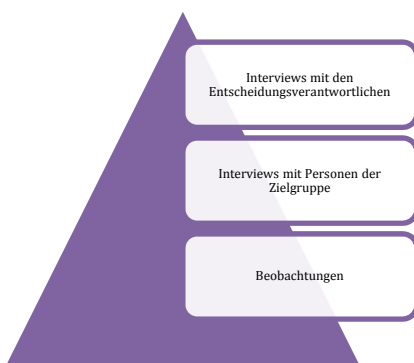


Abbildung 4: Eintauchen in den Prozess – Hintergründe zum Verfahren erkunden

In dem Sinne ist das Verfahren als Ergebnis zu betrachten - nachdem der Prozess in den Blick gerät und die Methodik entwickelt wurde. Für den Hintergrund und die Vorgeschichte ist es bedeutsam, die Stimmung der Stadt - die Beziehung der Bewohner/innen zu ihrer Verwaltung - zu kennen, um den Rahmen des Verfahrens darauf abstimmen zu können. Das Wissen um die (Be)Deutungen und Deutungsmuster, die ein Geschehen in der Stadt prägen, prägt so auch das Verfahren (vgl. Berking/ Löw 2008). Das Verfahren beginnt somit nicht erst am Tag der Durchführung – sondern vielmehr mit seiner Initiierung und Planung.

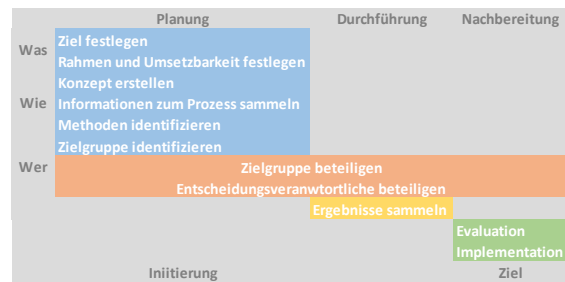


Abbildung 5: Verlauf des Verfahrens (eig. Darstellung)

Der Prozess wird ferner durch die drei strukturellen Fragen des „Wer wird Wie zu Welchem Zweck und Thema beteiligt“ durchgezogen. Sie prägen die Partizipationsmöglichkeit, Partizipationsintensität und Partizipationsfähigkeit der Beteiligten. Im Folgenden werden zunächst Leitfragen zu den drei genannten Punkten aufgeführt und daran anschließend zusammengeführt.

Zu welchem Zweck und Thema wird beteiligt?

Skalierung des Themen- und Partizipationsbereiches:

Was ist das Thema?

Welche (Be)Deutungen und Deutungsmuster prägen das Thema?

Was sind die Themen der Stadt - bspw. wie sicher fühlen sich Menschen in ihr?

Wen betrifft das Thema?

Welcher Rahmen zur Partizipation wird geschaffen bzw. wie weit reicht die Beteiligung und wie wird mit den Ergebnissen verfahren?

Zu welchem Zweck will die Stadt beteiligen?

Wer wird beteiligt?**Akteure und Zielgruppe:**

Wer beteiligt bzw. von wem geht die Initiative aus?

Wer soll beteiligt werden? Wer gehört zur Zielgruppe?

Sind Entscheidungsverantwortliche auch während des Verfahrens anwesend?

Werden Expert/innen hinzugezogen? Wer gilt als Expert/in und wird angefragt?

Wer hat die Definitionsmacht über Themen und Ziele vor und während des Verfahrens?

Welche Ausschlüsse werden (re)produziert?

Wer spricht oder kann im Verfahren zu Wort kommen bzw. möchte sich äußern (Partizipationsfähigkeit)?

Wie wird beteiligt?**Methodik und Werkzeuge:**

Wie verläuft die Ansprache und Akquise? Über Einladung (geschlossen) oder Plakate und Aufrufe (offen)?

Wie wird das Thema vor und während des Verfahrens bestimmt?

Wie wird mit den logistischen Faktoren Raum und Zeit umgegangen?

Welche praktischen und wahrgenommenen (zum Selbstausschluss führenden) Hindernisse bestehen für die Zielgruppe und verhindern ggf. eine Teilnahme?

Mit welchen Mitteln wird beteiligt bzw. welche Methoden werden angewandt, um die Partizipationsfähigkeit zu unterstützen?

Die Offenheit und Aushandlung darüber, was unter dem Thema verstanden und kulturell gedeutet wird, zeichnet die Fragilität aber auch den Gewinn des Verfahrens aus. Iterativ kann das Verfahren zwar mit einem Thema relativ geschlossen bspw. mit der Sicherheitsplanung und dem Sicherheitsempfinden der Bürger/innen in der Stadt beginnen, es sollte damit aber nicht als gesetzt verstanden werden. Es ist gerade das Ziel eines sozialnachhaltigen Verfahrens, durch die Offenheit für Perspektiven und Themen zu neuen Erkenntnissen und Verständnissen zu kommen – soziale Resonanz zu produzieren. Nachhaltige Lösungsansätze erhalten ihre Passgenauigkeit erst unter Mitwirkung der Beteiligten. Damit aber der Dialog zwischen den Entscheidungsverantwortlichen in der Kommune und den Beteiligten nicht verzerrt wird und zu einer affirmativen Maßnahme degeneriert, müssen ferner der Hintergrund sowie die strukturellen Faktoren des *Wer* und *Wie* geklärt werden (vgl. auch Vetter 2008). Stadtgesellschaften sind heterogen - und entsprechend heterogen sind auch ihre Interessen und Empfindungen sowie ihre Kapazitäten, auf den Diskurs Einfluss zu nehmen. Ein zentrales Problem für Verfahren ist somit die Identifizierung und Ansprache der Zielgruppe. Besonders soziale Gruppen, die in vergangenen Beteiligungsmaßnahmen unterrepräsentiert waren, und damit wenig Gelegenheit haben, auf städtische Diskurse Einfluss zu nehmen, werden immer wieder als Zielgruppe identifiziert. Ihre Einbindung bliebe dabei jedoch schwierig, da sie, so oft das Fazit, schlichtweg nicht wollen würden. Während die Vorgeschichte vor dem Verfahren nicht beeinflussbar ist und somit die Stellung der Menschen zum Diskurs zunächst einmal faktisch erscheint - kann die Planung von Verfahren an diesen Stellschrauben produktiv und *gestaltend* ansetzen.

Das *Wer* und *Wie* sind unvermeidbare Fragen, die sich nicht auflösen lassen oder weggehen

(Long et al. 2016). Kritisch werden in der Literatur immer wieder die Anwendung und Umsetzung dieser Konzepte in der Praxis in Bezug auf die Mitwirkung besprochen: die Auswahl der Zielgruppe; die Ansprache und ihre Einbindung; das Thema der Beteiligung; die Form und der Ort der Austragung etc. können Ausgrenzungen (re)produzieren, die praktisch den partizipativen Idealen entgegenstehen. Partizipation kann als gesellschaftliche Gestaltungsmethode für die nachhaltige Stadtentwicklung wirksam gemacht werden, da hier, so das Ziel des Berichts und seiner Methodologie, soziales Lernen durch und während des Verfahrens angeregt wird: die Sicherstellung der Partizipations- und Artikulationsmöglichkeit und –fähigkeit stellt an sich eine (Um)Verteilung sprachlich-diskursiver Anteile dar. Damit diese zunächst wurzeln oder einen Einfluss haben kann, ist die Partizipationsintensität entscheidend und diese hängt mit der Wahl des Verfahrens, also der Methoden, zusammen.

Format	Partizipationsintensität		
	Information	Konsultation	Mitbestimmung
Workshop	x	x	
Zukunftswerkstatt			x
World Café		x	x
Planungszelle			x
Szenario-Planung		x	
Open-Space-Konferenz		x	x
Design Thinking		x	x
Bürger/innenkonferenz		x	x
Mental Maps		x	
Fish Bowl		x	
Bürger/innenrat		x	
Bürger/innenversammlung	x	x	
Dragon Dreaming			x
Planning for Real			x
Runder Tisch			x

Abbildung 6: Partizipationsintensität ausgewählter Verfahren (eig. Darstellung in Anlehnung an Partizipation.at 2017)

Hierarchien zwischen Positionen, wie sie zwischen „Laien“ und „Expert/innen“ gezogen werden, können bspw. durch die Wahl der Methoden ausgeglichen werden. Dabei ist jedoch nicht nur die formale Auswahl der Methode ausschlaggebend. Soziales Lernen und die Produktion von Wissen werden erst durch die Unter-

stützung der Partizipations- und Artikulationsfähigkeiten erreicht: die Gruppenprozesse und ihre ausgrenzenden oder inklusiven Effekte müssen mitbedacht und -beobachtet werden – sie sind Kern des Verfahrens und bereits durch den Prozess vorgeprägt. Ein Ausgleich oder eine Umverteilung von sprachlich-diskursiven Anteilen ist daher eine Methode, mit der ein nachhaltiger Effekt durch Beteiligung in Städten erzielt werden kann. Darüber kann ein vertrauensvoller und kooperativer Umgang erzeugt werden. Denn nicht nur die Rolle als Gestalter/in; sondern auch die als Zuhörer/in prägt das Gelingen des Verfahrens, in dem Beteiligten ein Gehör für die Lebenswelt und -perspektive als Grundlage für die Mitgestaltung an Entwicklungen in der Stadt gegeben wird (vgl. Stracke-Baumann 2008).

An Debatten zu Themen, wie der städtischen Sicherheit, teilzunehmen bzw. die subjektiven Bedürfnisse und Befürchtungen nennen zu können und nicht durch andere definieren lassen zu müssen, ist dabei das Ziel. Das fließt wiederum in die Organisationskultur bspw. von Behörden und Organisationen, die mit Sicherheit beauftragt sind, ein. Damit kann ein Lerneffekt geschaffen werden, der die sozialen Hierarchien in der Gesellschaft reflektiert. Der Ausgangspunkt hierbei ist, dass Institutionen soziale und sprachliche Ungleichheiten materialisieren und verfestigen und für eine sozialnachhaltige Stadtentwicklung geöffnet werden müssen.

Methoden, sollen sie *passen*, müssen daher nicht nur dem Thema, sondern auch der Zielgruppe entsprechen: Bspw. müssen für ein Gelingen einer Zukunftswerkstatt, bei der verschiedene soziale Gruppen auf *eine Ebene gebracht* werden sollen, auch die sozialen Dynamiken und Konflikte zu Themen wie der städtischen Sicherheit berücksichtigt werden. Denn Partizipation ist kein *Null-Summen-Spiel*: Expert/innen, jene die sich als solche wahrnehmen oder jene, denen die Position aufgrund einer Profession zugeschrieben wird, relativieren ihren Anspruch (Habitus) auf die Richtigkeit (Illusio) ihrer Perspektive und Arbeit nicht notwendigerweise ohne

Widerspruch, Skepsis oder Ablehnung (Bourdieu 1982). Die Vermittlung zwischen Expert/innen und Laien ist Kern der Moderation aber zugleich nicht gleichbedeutend mit der Anpassung der Institutionen an die Laien oder umgekehrt. Anerkennung und Partizipations- und Artikulationsfähigkeit müssen jedoch nicht zuletzt durch Methoden und die Moderation für die Gruppe erzeugt werden.

Neben den potenziellen Ausschlüssen, die durch die Auswahl der Teilnehmenden reproduziert werden könnte, können soziale Dynamiken im Verfahrensprozess selbst zu Ausschlüssen führen (Interaktionsebene/ Habitus); der Punkt der sozialen Zusammensetzung muss bei der Auswahl des Verfahrens beachtet werden; insbesondere wenig regulierte Verfahren, wie bspw. das Open-Space-Verfahren könnten zu sprachlichen Ausschlüssen führen; wie kann das umgangen werden?

Der Visualisierung kommt eine besondere Rolle in offenen Beteiligungsformate mit einer hohen Teilnehmer/innenzahl zu. Visuelle Techniken sind häufig Teil verschiedener Verfahren. Neben den sozialen Medien des Vertrauens, der Anerkennung sowie des Perspektivenwechsels stützen sie maßgeblich das Verfahren und Ziel der Beteiligung. Mithilfe von Visualisierungen können nicht nur sprachliche Barrieren und die Verschiedenheit von Ausdrucksfähigkeiten ausgeglichen werden, sie dienen auch dazu die Gruppe und Perspektiven Einzelner *im Blick* zu behalten. Verschiedene Formen und Farben von Karten, die auf Stellwänden angebracht werden können, sind dabei grundlegende Hilfsmittel. Die Unterstützung der Artikulationsfähigkeit der Laien wirkt inkludierend und setzt eine graduelle Vermittlung durch eine Moderation voraus. Situationsanalysen können Stimmungen aufgreifen und Beziehungen zwischen Akteur/innen darstellen und zum Thema machen. Die gemeinsame Definition von Regeln für das Verfahren helfen ebenfalls dabei, Gruppenprozesse zu regulieren. Die Beteiligungsformate müssen daher hinsichtlich ihrer potenziellen Dynamiken und Gruppenprozesse auf ihre Barrieren geprüft

werden. Die Partizipationsmöglichkeiten, die die Verfahren formal geben, lassen sich, wie oben bereits beschrieben, nicht mit den Partizipationsfähigkeiten der Teilnehmenden gleichsetzen und müssen durch Techniken, wie der Visualisierung, vereinfacht und ermöglicht werden.

Fazit

Grundidee der Bürger/innenbeteiligung ist es, die Verwaltung, Politik und Bürger/innen miteinander zu vernetzen und das Gemeinwesen gemeinsam zu gestalten. Während die Verknüpfung zwischen Beteiligung und Nachhaltigkeit als Verpflichtung und gemeinschaftliche Verantwortung von den Vereinten Nationen in der UN Habitat Agenda verankert wurde (siehe Abschnitt über Debatten), ist der Weg zur Maßnahme oder dem Verfahren einer Bürger/innenbeteiligung weitgehend offen. Viele Instanzen übersetzen und deuten Verfahren für sich. Die Adaption von Verfahren birgt das Risiko, dass das Verfahren sein sozialnachhaltiges Potenzial verliert. Es ist zwar schlicht bemerkenswert, welcher Beliebtheit sich Partizipationsverfahren auf lokaler und überregionaler Ebene erfreuen. Über die Güte und Nachhaltigkeit sagt dieser Wandel in der administrativen Praxis allerdings noch nicht viel aus – auch nicht, ob sich dieser Trend unter falschen Vorzeichen entfaltet. Wie mit dem Überblick über die Debatten um die Beteiligung von Bürger/innen gezeigt wurde, ist der Wandel in der administrativen Beteiligungspraxis keine Einbahnstraße in Richtung sozialnachhaltigerer städtischer Entwicklungen: Verantwortungsverschiebung, Partizipationsmarketing und auch Ausgrenzungen begleiten die Euphorie um Partizipationsbestrebungen.

Ein weiterer Punkt, der ebenfalls für die Methodologie wichtig ist, betrifft den oft isoliert imaginierten Charakter von Verfahren als Einzelmaßnahme; sie repräsentieren oftmals sinnbildlich einen Satelliten, der ohne Kenntnis vom Prozess und durch den Fokus auf das *individuelle* Verfahren seine Wirkung verfehlt, oder schlimmstenfalls gar als störend empfunden wird. Gestaltung impliziert allerdings, die Möglichkeit und Not-

wendigkeit produktiv auf dieses potenzielle Hindernis einzugehen, in dem eine ganzheitliche Perspektive eingenommen wird. Die vorgestellte Methodologie schlägt daher vor, den gesamten Prozess in den Blick zu nehmen und damit die Zeit vor dem Verfahren, die Zeit im Verfahren sowie die Zeit danach zu berücksichtigen. Sie stehen damit gleichberechtigt als Phasen im Zyklus des Verfahrens, die das Gelingen und die Entwicklung einer "passgenauen" Lösungsstrategie bedingen. Die *Passgenauigkeit* ist integraler Baustein für eine sozialnachhaltigere Stadt. Das Working Paper leistet dazu einen Beitrag, indem es auf die soziale Nachhaltigkeit des Verfahrens fokussiert. In Abgrenzung zum ökologisch-physischen Schwerpunkt in der Nachhaltigkeitsdebatte sowie der gängigen Übersetzung von sozialer Nachhaltigkeit als Humanressourcen-Ansatz schlagen wir vor, soziale Nachhaltigkeit in Form resonanter Sozialbeziehungen zu verstehen, die auf Kooperation, Anerkennung und Transparenz basiert und im Verfahren durch den Einsatz vorgeschlagener Methoden und Techniken wirksam wird. Resonante Sozialbeziehungen – Beziehungen also, die Verständnis- und Anerkennungserfahrungen erzeugen und Entfremdungserfahrungen abbauen (vgl. Rosa 2016), sind Ziel der vorgestellten Methodologie.

Literaturverzeichnis

Arbter, Kerstin; Trattnigg, Rita (2005): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Auf dem Weg zu effizienter und effektiver Partizipation. In: Helfried Bauer, Peter Biwald und Elisabeth Dearing (Hg.): Public Governance. Öffentliche Aufgaben gemeinsam erfüllen und effektiv steuern. Wien und Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, S. 295–307.

Baranek, Elke; Walk, Heike; Fischer, Corinna; Dietz, Kristina; Hoffmann Esther; Gruner, Sabine; Jonuschat, Helga; Kruse, Sylvia; Schlußmeier, Bianca; Scurrill, Babette (2005): Partizipation und Nachhaltigkeit. Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeiten. Diskussionspapier. München: Sozialökologische Forschung. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/242716880_Partizipation_und_Nachhaltigkeit_Reflektionen_uber_Zusammenhänge_und_Vereinbarkeiten, letzter Zugriff: 26.04.2017.

Beckman, Sara L.; Barry, Michael (2007): Innovation as a Learning Process: Embedding Design Thinking. In: *California Management Review* 50 (1), S. 25–56.

Berking, Helmuth; Löw, Martina (2008): Die Eigenlogik der Städte neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt: Campus.

Bescherer, Peter; Wetzel, Dietmar J. (2016): Urbane Sicherheit – Gerechtigkeitsansprüche in Theorie und Praxis. Das Beispiel BürgerInnenbeteiligung. In: Bernhard Frevel und Michaela Wendekamm (Hg.): Sicherheitsproduktion zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 11–30.

Blokland, Talja (2002). Neighbourhood Social Capital: Does an Urban Gentry Help? Some Stories of Defining Shared Interests, Collective Action and Mutual Support. In: *Sociological Research Online* 7 (3).

Bogner, Alexander (2012): Wissenschaft und Öffentlichkeit: Von Information zu Partizipation. In: Sabine Maasen, Mario Kleiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 379–392.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bukow, Wolf-Dietrich; Ottersbach, Markus; Preissing, Sonja; Löscher, Bettina (2013): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Burchardt, Susanne (2008): Inszenierte Bürgerbeteiligung? Die lokalen Begleitausschüsse des Bundesprogramms „Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)“. In: Angelika Vetter: Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS, S. 217–235.

Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F. (2016): Waiting for the bus that never comes – Quick Response Erhebung von Bedürfnissen und Selbsthilfepotenzialen geflüchteter Menschen in einer Berliner Notunterkunft. Katastrophenforschungsstelle, Berlin. Online verfügbar unter http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/Ergebnispraesentation_Erhebung_Beduerfnisse_NUK_final.pdf, letzter Zugriff; 02.05.2017.

Egmoose, Jonas (2015): Action Research for Sustainability. Farnham: Ashgate.

Gohl, Christopher; Würst, Jürgen (2008): Beteiligung braucht Wissen – Beteiligung schafft Wissen. In: Vetter, Angelika (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS, S. 259–280.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Harding, Sandra; Norberg, Kathryn (2005): New Feminist Approaches to Social Science Methodologies: An Introduction. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 30 (4), S. 2009-2015.

Hilbrandt, Hanna (2017): Insurgent participation: consensus and contestation in planning the redevelopment of Berlin-Tempelhof airport. In: *Urban Geography* 38 (4), S. 537-556.

Holeschack, Wolfgang (2000): Vertrauen durch Partizipation. Strategien zum Umgang mit risikanten Technologien. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

Kersting, Norbert (2008): Evaluation dialogischer Beteiligungsinstrumente. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 270-292.

Klatt, Johanna (2012): Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung? In *Politik und Zeitgeschichte* 46-47. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/148210/partizipation-ein-erstrebenswertes-ziel-politischer-bildung?p=all>, letzter Zugriff: 26. April 2017.

Long, Jonathan W.; Ballard Heidi L.; Fisher, Larry A.; Belsky, Jill M. (2016): Questions That Won't Go Away in Participatory Research. In *Society & Natural Resources* 29 (2): S. 250–263. DOI: 10.1080/08941920.2015.1024368.

Mackrodt, Ulrike (2014): Bürgerbeteiligung im urbanen öffentlichen Raum – Reflexionen über eine Neuerung in der Beteiligungspraxis. In: Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann, Martin Sondermann, Katja Stock und Timm Wiegand (Hg.): Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 235–245.

Munsch, Chantal (2008): Von der Nichtbeteiligung zur Beteiligung. Weg und Umwege bei der Aktivierung benachteiligter Gruppen. *Bedingungen gelingender Beteiligung. Die lokale Demokratie erlebbar machen*, 26.–28. September 2008, Loccum. Online verfügbar unter http://www.mitarbeit.de/fileadmin/inhalte/02_veranstaltungen/loccum2008_Thesenpapier_Munsch_2.pdf, letzter Zugriff: 26. April 2017.

Neunecker, Martina (2016): Partizipation trifft Repräsentation. Die Wirkungen konsultativer Bürgerbeteiligung auf politische Entscheidungen. Wiesbaden: Springer VS.

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (Hg.) (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Partizipation.at (2017). Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa. Alle Methoden. Online verfügbar unter: <http://www.partizipation.at/alle-methoden.html>, letzter Zugriff: 26. April 2017.

Purcell, Mark (2006): Urban Democracy and the Local Trap. In: *Urban Studies* 43 (11), S. 1921-1941.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Salas Maria Angelica; Tillmann, Herman J.; McKee, Neill; Shahzadi, Nuzhat (2007) VIPP: Visualisation on participatory programmes: How to facilitate and visualise participatory group processes. Dhaka, Bangladesh: UNICEF.

Stiftung Zukunft Berlin (2017). Bürgerschaftliche Mitverantwortung. Vorbereitung von Planungs- und Entscheidungsprozessen. Flyer, online verfügbar unter http://www.stiftungzukunftberlin.eu/fileadmin/szb/daten/Stiftung/Publikationen/SZBFlyer_Mitverantwortung_2017.pdf, letzter Zugriff: 26. April 2017.

Stracke-Baumann, Claudia (2008): Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.

Streich, Bernd (2014): Subversive Stadtplanung. Dordrecht: Springer.

United Nations (2003): UN Habitat Agenda 1996. Online verfügbar unter http://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/habitat_agenda.pdf, letzter Zugriff: 2. Mai 2017.

Vetter, Angelika; Remer-Bollow, Uwe (2017) Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Berlin: Springer.

Vetter, Angelika (Hg.) (2008): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.

Voss, Martin; Schildhauer, Sascha (2016): Zivilgesellschaftliche Partizipation im Klimawandel. In Cristina Besio und Gaetano Romano (Hg): Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel. Kooperationen und Kollisionen. Baden-Baden: Nomos, S. 117-147.

Voss, Martin; Funk, Leberecht (2015): Participative Vulnerability and Resilience Assessment and the Example of the Tao People. In: Fred Krüger, Greg Bankoff, Terry Cannon, Benedikt Orłowski, Lisa F. Schipper (Hg.): Cultures and Disasters. Understanding Cultural Framings in Disaster Risk Reduction. London: Routledge, S. 255-276.

Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa Verlag.

Impressum

Titel

State of the Art - Planung und Gestaltung von kommunalen Beteiligungsverfahren

Herausgeber

Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

Fotos

flickr: Frank M. Rafik (2017)

Die Autor*innen

Daniela Krüger und Dr. Kristina Seidelsohn sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an der Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität Berlin und im BMBF geförderten Teilprojekt „Vulnerabilität und Sicherheit in der gerechten Stadt“(VERSS) tätig. Das Teilprojekt wird von Prof. Dr. Martin Voss geleitet.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin



<http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung>